

Flath, Steffen

Article — Digitized Version

## Agrarpolitische Konsequenzen aus der BSE-Krise - Maßstäbe einer neuen Agrarpolitik

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Flath, Steffen (2001) : Agrarpolitische Konsequenzen aus der BSE-Krise -  
Maßstäbe einer neuen Agrarpolitik, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Springer, Heidelberg, Vol.  
81, Iss. 2, pp. 79-80

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/44356>

### Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

### Terms of use:

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

Steffen Flath

## Maßstäbe einer neuen Agrarpolitik

Die BSE-Fälle in Deutschland konfrontieren uns mit der Frage, was ist falsch gelaufen in der Vergangenheit. Gegenseitige Schuldzuweisungen bringen uns nicht weiter. Landwirte, Verbraucher, Lebensmittelhandel, Futtermittelindustrie und die Politik, sie alle tragen ein Stück Verantwortung an dieser Situation. Alle Beteiligten müssen gemeinsam nach Auswegen aus der Krise suchen. Die Politik ist aufgefordert, durch eine Agrarwende den Verbrauchern verlorengegangenes Vertrauen wieder zurück zu bringen. Ein „Weiter so“ darf es nicht geben. Zwei Gründe sprechen für einen Kurswechsel in der Agrarpolitik:

☐ Nicht erst seit BSE steckt die Landwirtschaft in einer tiefen Vertrauenskrise und steht unter Rechtfertigungsdruck.

☐ Hinzu kommt, dass angesichts der WTO-Verhandlungen und der EU-Osterweiterung ein Kurswechsel ohnehin geboten ist.

### Marktgerechte und wettbewerbsfähige Landwirtschaft

Wie auch immer die neue Agrarpolitik aussehen wird, folgenden Maßstäben muss sie gerecht werden:

☐ Landwirtschaft muss marktgerecht sein

Wenn die Kunden eine umweltschonende Landwirtschaft und artgerechte Tierhaltung wollen – und vieles deutet darauf hin –, dann sollten wir den Weg gehen. Die neue Agrarpolitik muss Ge-

sundheit, Verbraucher- und Umweltschutz mit Wirtschaftlichkeit gleichermaßen verbinden. Das heißt, Landwirtschaft muss auch marktgerecht sein. Denn letztendlich entscheidet der Kunde über die Zukunft der landwirtschaftlichen Erzeugung.

Ich bin sehr für eine Rückbesinnung auf regionale Kreisläufe in der Erzeugung, Verarbeitung und Vermarktung. Dazu brauchen wir aber den Lebensmitteleinzelhandel als Partner.

Ich bin auch sehr für den Ausbau des ökologischen Landbaus. Nur sollte die Politik mit einer verstärkten Förderung den Ökolandbau nicht künstlich ausweiten, ohne dass für seine Produkte ausreichend Nachfrage besteht. Eine in der Vergangenheit häufig geäußerte Kritik, die Landwirtschaft hänge am Tropf der Steuerzahler, dürfen wir nicht aus den Augen verlieren.

☐ Die moderne Landwirtschaft muss wettbewerbsfähig sein.

Ich warne vor einer Ideologisierung der Debatte. Die Vorstellung, die so genannten „Agrarfabriken“ haben die BSE-Krise begünstigt, wurden durch die ersten Fälle von Rinderwahnsinn nicht bestätigt. Groß ist nicht gleich schlecht, ebenso ist klein nicht immer gleich fein. Deshalb ist die Forderung nach betrieblichen Obergrenzen oder betriebsgrößenabhängiger Degression in der Förderung nicht sachgerecht. Umweltgerechte Bewirtschaftung, tierartgerechte Haltung und Verbraucherschutz sind

nicht von der Größe der Betriebe abhängig. Es darf nicht sein, dass der Staat effiziente Strukturen bestraft. Das ist nicht zuletzt wegen der EU-Osterweiterung wichtiger denn je.

Die Kritik an einer industriellen Agrarwirtschaft ist dennoch in einem Punkt richtig. Die Nachfrage nach immer billigeren Lebensmitteln und der Preiskrieg im hochkonzentrierten Lebensmitteleinzelhandel haben zu einem unerträglichen Rationalisierungsdruck in der Landwirtschaft geführt. Vor zwanzig Jahren bekam ein Rinderhalter für das Kilo Rindfleisch 30% mehr als im letzten Jahr. Nicht erst seit den letzten Wochen wissen wir, dass der Preisdruck zu einer Reihe von unerwünschten Entwicklungen geführt hat. Der Qualitätsgedanke hat darunter gelitten. Deshalb müssen wir wegkommen vom Diktat der Preise. Das setzt voraus, dass der Verbraucher bereit ist, für Lebensmittel mehr zu bezahlen. Der Verbraucher muss sich von seiner Doppelmoral verabschieden. Auf der einen Seite nach sicheren Produkten aus artgerechter und umweltschonender Erzeugung zu rufen und auf der anderen Seite vorwiegend nach Billigstprodukten zu greifen, passt nicht zusammen. Wir brauchen ein neues Selbstverständnis für die Lebensmittelherstellung.

☐ Europaweites Handeln ist das Gebot der Stunde

Angesichts des europäischen Binnenmarktes können deutsche Sonderwege allenfalls ein Zwischenschritt sein. Egal welch

Standards wie im Umwelt- und Verbraucherschutz anstreben, sie dürfen nicht zu weiteren Wettbewerbsverzerrungen führen.

### Fazit

Fazit: Die moderne Landwirt-

schaft muss nachhaltig sein. Das bedeutet, sie muss gleichermaßen ökologische und ökonomische sowie soziale Aspekte verbinden. Wenn es uns gelingt, durch eine Agrarwende diese Kriterien in Einklang zu bringen, müssen wir uns

um die Zukunft der Landwirtschaft keine Sorgen machen. Wir sollten jedoch nicht der Illusion erliegen, mit einer Erhöhung der Umweltstandards und einem Ausbau des ökologischen Landbaus hätten wir die Rindererkrankung BSE im Griff.

Michael Schmitz

## Mehr Rationalität in der Agrarpolitik

Nach dem Auftreten der ersten BSE-Fälle auch bei deutschen Rindern haben führende Politiker der Koalition eine Wende in der Agrarpolitik angekündigt. Allen voran der Bundeskanzler hat die Abkehr von der industriellen Landwirtschaft gefordert. Mit der Massentierhaltung und den Agrarfabriken müsse es ein Ende haben. Der ökologische Landbau solle das neue Leitbild für die Zukunft der Landwirtschaft sein. Diese durchaus heftige Politikreaktion hat aus mehreren Gründen Verwunderung ausgelöst, und viele Kenner der Agrarbranche fragen sich, was diese Ankündigung konkret bedeutet und wie sie umgesetzt werden soll. In die Verwunderung mischt sich aber auch Sorge über diesen neuen Kurs der Agrarpolitik, der sich offensichtlich gegen die große Mehrheit der Landwirte richtet.

Zunächst bleibt völlig unklar, was unter einer industriellen Landwirtschaft zu verstehen ist und ab welcher Bestandsgröße von Massentierhaltung gesprochen werden kann. Die deutsche Landwirtschaft ist im Vergleich zu den europäischen Partnern eher kleinstrukturiert und die Unternehmen werden in der Regel als mittelständisch geprägte Familienbetriebe geführt.

Selbst dort, wo andere Arbeitsverfassungen bzw. Rechtsformen gelten und die Betriebe größere Bestände und Flächen bewirtschaften (z.B. in Nord- und Ostdeutschland) bleibt der mittelständische Charakter erhalten. Dass gleichwohl alle landwirtschaftlichen Betriebsleiter zunehmend als Unternehmer denken müssen, ist inzwischen unumstritten und für die Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit und damit der Zukunftsfähigkeit der deutschen Landwirtschaft dringend erforderlich.

Auch der Begriff der Massentierhaltung erweist sich bei näherem Hinsehen als wenig präzise und sogar irreführend. Gemeint ist offensichtlich eine Abkehr von nicht Tierart gerechten Haltungsformen, die der Gesundheit und dem Wohlbefinden der Tiere abträglich sind. Solche Haltungsformen kann es nun aber in großen und kleinen Beständen geben. Vieles spricht sogar dafür, dass Tiere in großen Beständen bessere Haltungsbedingungen vorfinden. Wo dies nicht der Fall ist, sollten gesetzliche Regelungen nachhelfen.

Die Verwunderung bei den Bauern über die Politikreaktion ist aber auch deshalb besonders groß, weil der Bundeskanzler ihnen noch vor kurzem auf dem Bauerntag in

Cottbus empfohlen hatte, sich mehr als bisher unternehmerisch zu verhalten, die Wettbewerbsfähigkeit zu steigern – was häufig nur über Bestandsvergrößerungen und größere Feldstücke möglich ist – und sich an den internationalen Märkten zu orientieren. Das steht in krassem Widerspruch zur angekündigten Wende in der Agrarpolitik, die sich nach der Regierungserklärung von Ministerin Künast und einem internen Papier des Bundeskanzleramts nun klarer abzeichnet. Dort ist von der Abkehr vom Weltmarkt, der Stärkung regionaler Strukturen und der Bodenbindung der Tierhaltung die Rede. Im Klartext heißt dies, dass die deutsche Landwirtschaft gegen den internationalen Trend auf Arbeitsteilung mit vor- und nachgelagerten Wirtschaftspartnern in der Nahrungskette und mit anderen Regionen verzichten soll. Der Zukauf moderner Betriebsmittel und die überregionale Vermarktung sollen also zukünftig erschwert werden. Die Landwirte fragen sich zu Recht, wie sie bei prinzipiell offenen Grenzen eine solche Neuausrichtung finanziell verkraften sollen, wenn die ausländischen Wettbewerber nicht unter diesen restriktiven Bedingungen wirtschaften müssen.